

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Lenzer, Dr. Probst, Pfeifer, Benz, Engelsberger, Gerstein, Dr. Hubrig, Dr. Riesenhuber, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Laufs, Peffermann, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz, Sauter (Epfendorf) und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet „Technische Kommunikation / Informationstechnik“**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Entspricht die Beurteilung der Entwicklung der Teleinformatik durch die Bundesregierung den Vorstellungen, die im NORA-Bericht bzw. im Jacudi-Report zum Ausdruck kommen; welche Stellungnahmen gibt es zu diesem Bericht von seiten der Bundesregierung, und welche forschungs- und technologiepolitischen Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus den Berichten zu ziehen?
2. Hält die Bundesregierung angesichts der wachsenden Bedeutung dieses Gebiets die bisherigen Förderungsmaßnahmen im Vergleich zu entsprechenden Maßnahmen anderer Industrienationen für ausreichend?
3. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die auf dem Gebiet der Teleinformatik tätige heimische Industrie angesichts der zum Teil massiven Unterstützungen, die für ihre internationalen Mitbewerber in deren Heimatländern bereits bestehen oder vorgesehen sind, vergleichbare Chancen hat, um im internationalen Wettbewerb langfristig bestehen zu können?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um der wachsenden Gefahr der Entliberalisierung der Märkte auf dem Gebiet Technische Kommunikation/Informationstechnik entgegenzuwirken?
5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit, daß das angekündigte Programm „Informationstechnik“ auf die Basis eines langfristigen struktur- und ordnungspolitischen Konzepts für den Medienbereich zu stellen ist und daß nur dadurch sinnvoll übergreifende langfristige Zielsetzungen

definiert werden können, die der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung der neuen Kommunikationsformen angemessen gerecht werden?

6. Wie beurteilt die Bundesregierung hinsichtlich der Erarbeitung des Programms „Informationstechnik“ die Mitgestaltungsmöglichkeiten für technologieorientierte, insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen?
7. Beabsichtigt die Bundesregierung, die bisherige Ausrichtung der Förderung auf wenige großtechnologische Vorhaben und auf die Beteiligung „wesentlicher Hersteller“ beizubehalten?
8. Wie beurteilt die Bundesregierung die Förderung einer sinnvollen Nutzung neuer informationstechnologischer Produkte und Verfahren (und die Erschließung neuer Benutzerkreise) durch Finanzierung von Ausbildungsprogrammen an unterschiedlichsten Schularten und -stufen, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung diesbezüglich?

Bonn, den 11. Juli 1979

**Lenzer**

**Dr. Probst**

**Pfeifer**

**Benz**

**Engelsberger**

**Gerstein**

**Dr. Hubrig**

**Dr. Riesenhuber**

**Dr. Freiherr Spies von Büllesheim**

**Dr. Laufs**

**Pfeffermann**

**Dr. Stavenhagen**

**Frau Dr. Walz**

**Sauter (Epfendorf)**

**Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion**

### **Begründung**

Die industrielle Produktion technischer Hilfsmittel der Kommunikation und Information setzt hohe Aufwendungen für Forschung und Entwicklung voraus. Die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Nachrichtentechnik, der nachrichtentechnischen Endgeräte, der Vervielfältigungstechnik usw. wird in den meisten hochentwickelten Industrieländern durch militärische Vorhaben oder industriepolitische Maßnahmen gefördert. Dadurch wird in der kommunikationstechnischen Industrie ein Prozeß beschleunigt, der zur weitgehenden Ablösung mechanischer durch elektronische Systeme führt und eine schnelle Veränderung der Produkte und Fertigungstechniken auch in anderen Industrien mit sich bringt.

Dieser Strukturwandel bringt Bewegung in den Markt. Wird in dieser Situation die mittelfristige Innovationsfähigkeit nicht hinreichend durch einen bedeutenden Aufwand für Forschung und Entwicklung abgesichert, können in der Zukunft sehr rasch beträchtliche Marktanteile verloren gehen.

Dem Zwang zur Innovation sind praktisch alle Wirtschaftszweige unterworfen. Dabei spielen technologieorientierte Unternehmen insofern eine besondere Rolle als sie sich vorwiegend oder ausschließlich der Konzeption der marktreifen Entwicklung und dem anwendungsgerechten Einsatz neuer Techniken widmen und stimulierend auf die übrige Wirtschaft, deren Erzeugnisse und Dienstleistungen einwirken. Insbesondere das Beispiel USA hat hier gezeigt, welche volkswirtschaftliche Bedeutung einer möglichst breiten Basis von technologieorientierten Unternehmen zukommt. Tatsache ist, daß die USA und Japan in der Geräte- und Systementwicklung schon heute einen Vorsprung besitzen. Dieser Vorsprung rührt ganz wesentlich aus einer insbesondere in den USA zu beobachtenden schnelleren Umsetzung moderner Technologie im Markt sowie aus einer vor allem in Japan zwischen Staat und Wirtschaft koordinierten dynamischen Entwicklung her.

Der Staat spielt auf diesem Gebiet durch seine Wirtschafts-, Beschaffungs- und Technologiepolitik eine wesentliche Rolle. Die Ziele der staatlichen Technologiepolitik und die Methoden der Forschungsförderung sind auch dahin gehend zu überprüfen, ob es zwischen der Forschungstätigkeit der Unternehmen und der des Staates zu einer stärkeren Arbeitsteilung kommen kann. Staatliche Forschungseinrichtungen sollten sich im wesentlichen auf Grundlagenforschung und diejenigen Aufgaben beschränken, für die sie gegründet wurden. Forschung mit dem Ziel der Produktentwicklung und der Verfahrensoptimierung ist Aufgabe der Unternehmen. Hierbei muß künftig vor allem die indirekte Forschungsförderung wieder verstärkt werden. Durch die verschiedenen steuerpolitischen Maßnahmen auf diesem Gebiet ist es seit einigen Jahren zu einer Schlechterstellung derjenigen Unternehmen gekommen, die bis dahin an der indirekten Forschungsförderung partizipiert haben. Dabei handelt es sich in erster Linie um die kleineren und mittleren Unternehmen. In der Elektroindustrie sind diese Unternehmen einem besonders starken Forschungs- und Innovationswettbewerb ausgesetzt.

Verschiedene Veröffentlichungen, insbesondere der Bericht des französischen Generalinspektors der Finanzen (der sogenannte Nora-Bericht) und der japanische Jacudi-Report lassen erkennen, daß von den neuartigen Kommunikationsformen, die durch die Synthese von Nachrichtentechnik und Informatik zur Teleinformatik möglich werden, ein entscheidender Einfluß auf Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft erwartet wird. In den genannten Berichten werden umfangreiche Maßnahmen beschrieben bzw. vorgeschlagen, die zum einen dem Staat einen ausreichenden Einfluß auf die Teleinformatik sichern sollen und zum anderen der eigenen zuständigen Industrie einen angemess-

senen Platz auf dem jeweiligen Heimatmarkt und den internationalen Wettbewerb. Ein Ansatz, welcher der außerordentlichen Bedeutung einer modernen Informationstechnik sowohl für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wie für die Funktionstüchtigkeit der öffentlichen Verwaltung gerecht wird, muß gesucht werden.

Die neuen Technologien, die sich um das Medium „Information“ herum entwickeln, haben sehr vielseitige Wirkungen zur Folge; sie können nicht allein an den Maßstäben Wirtschaftlichkeit, technischer Fortschritt oder Konkurrenzfähigkeit orientiert werden. Viel bedeutsamer sind jene Effekte, die das Verhalten des einzelnen Menschen oder die Arbeitsmethoden von Unternehmen und Organisationen beeinflussen.